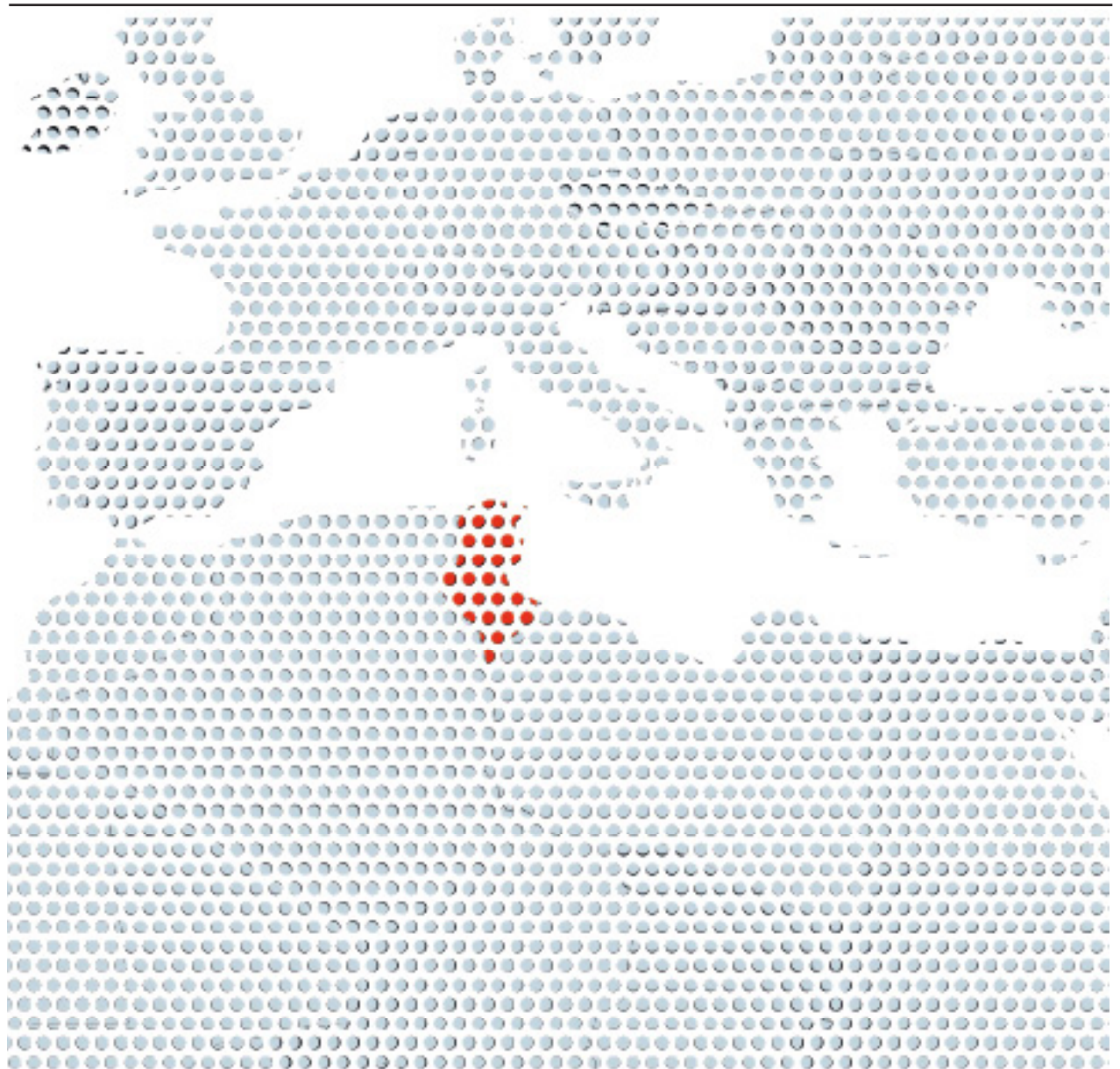


Tunesien

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	10
Bewaffung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	20
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	23
Bedrohung von Alliierten	23
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	24
Unerlaubte Wiederausfuhr	27
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	28

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Tunesien

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Waffenlieferungen von außen angewiesen. Hauptlieferant von Waffensystemen sind die USA. Die Anzahl der Soldaten und der schweren Waffensysteme ist in Tunesien um ein vielfaches geringer als beispielsweise in Marokko und Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten islamischen Fundamentalisten. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, könnten das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren.

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, trotzdem wird eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung zurzeit noch nicht geplant. Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1000 km ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten und mit nur zwölf Jagdbombern und drei Kampfflugzeugen ist die tunesische Luftwaffe ausgesprochen klein, vor allem im Vergleich zu seinen Nachbarn Marokko, Algerien und Libyen

Der ehemalige Präsident Tunesiens, Zine el-Abidine Ben Ali, machte ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere. Es war er mit der militärischen Führung stets eng verbunden. Trotzdem war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik wohl immer noch geringer als beispielsweise im Nachbarland Algerien. In Tunesien gibt es im Gegensatz zu Algerien keine Tradition in der Verbindung des Militärs mit dem politischen System sowie der politischen Einmischung der Offiziere. Zwar galt auch in Ben Alis Sichtweise das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Feinde als in der Verfolgung vereinzelter Islamistengruppen im Inneren. Die Ausbildung von Soldaten erfolgt in der Regel nicht in Tunesien selber, sondern im ehemaligen Kolonialland Frankreich oder in den Vereinigten Staaten. Dass in Ägypten und Tunesien der sogenannte Arabische Frühling weitgehend friedlich die jeweiligen Diktatoren zu Fall brachte, hängt unter anderem damit zusammen, dass in beiden Ländern die Armee nicht gewaltsam gegen die Proteste vorging. Doch während in Ägypten das Militär direkt nach der Revolution politische Ämter übernahm und im Juli 2013 erneut intervenierte, um Präsident Mursi abzusetzen, hielt sich in Tunesien die Armee aus dem politischen Prozess heraus, übernahm dafür aber Aufgaben der inneren Sicherheit und füllte damit das Vakuum, das durch die Auflösung der alten Sicherheitsbehörden entstanden war.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationale Waffenhandelsabkommens von 2013. Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht in den Besitz solcher Waffen zu gelangen.

Auch allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen ist Tunesien beigetreten. Die Stellung der Frau ist in Tunesien auf Grund verfassungsmäßiger Garantien besser als in anderen islamischen Staaten. Trotzdem gibt es im Bereich der Menschenrechte noch erhebliche Defizite. In Folge des von den Vereinigten Staaten geführten „Krieg gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation in Tunesien verschlechtert. Die ohnehin bereits stark eingeschränkten Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden mit dem „Anti-Terrorismus-Gesetz“ weiter untergraben. Politische Freiheiten sind ebenfalls äußerst begrenzt. Nach den Umstürzen in Tunesien hat sich Berichten zufolge schon mit der neuen Übergangsregierung die Lage gebessert. Politische Häftlinge wurden entlassen und Grundrechte wie freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit werden verstärkt von den Sicherheitskräften geachtet. In der neuen Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Die Verwirklichung dieses Anspruches wird Aufgabe der neuen demokratisch gewählten Regierung unter der Kontrolle einer wachen Zivilgesellschaft sein.

Die innere Lage in Tunesien ist weiterhin stark angespannt. Während sich die Proteste der Bevölkerung 2011 zunächst überwiegend gegen die hohe Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Problemen und die Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen richteten, wurde im Laufe der Proteste dann auch direkt der ehemalige Präsident Ben Ali Zielschreibe der Proteste, was dazu führte, dass er im Januar 2011 floh. Dies führte zu einer Phase des politischen Übergangs bis Januar 2014 eine neue demokratische Verfassung verabschiedet wurde. Im Januar 2016 kam es erneut landesweit zu mehreren Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese sozialen Unruhen gelten als die heftigsten seit Ausbruch der arabischen Aufstände vor fünf Jahren. Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage sind die Hauptgründe für die Proteste. Infolgedessen verhängte die tunesische Regierung eine zeitweise Ausgangssperre. Präsident Essebsi versprach ein Regierungsprogramm zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit.

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie den Vereinigten Staaten sind gut bis sehr gut und haben sich insbesondere nach der Verabschiedung der demokratischen Verfassung noch weiter verbessert. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Antiterrorallianz. Es gibt keine offen ausgetragenen Konflikte in Tunesien. Die größte Bedrohung für den inneren Frieden geht zurzeit von einzelnen islamistischen Terroristengruppen aus, die von der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten.

Es gibt in Tunesien eine Vielzahl von Schleuserbanden, welche die illegale Immigration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist ebenfalls ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt. Die Militärausgaben in Tunesien sind vergleichsweise niedrig und beeinflussen damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nur sehr bedingt. Die Gefahr, dass unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist daher gering. Der Militarisierungsgrad ist einer der niedrigsten in der gesamten Region und verdeutlicht, dass Tunesien im Vergleich zu seinen Nachbarländern deutlich weniger Ressourcen dem staatlichen Militärapparat zur Verfügung stellt. Dennoch können angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Umstände (Arbeitslosigkeit, etc.) auch kleinere Investitionen in das Militär zielführender für die Wirtschaft eingesetzt werden.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Bodenradarsysteme: 96,9%	0,01
2000	Patrouillenboote: 95,3%	0,64
2001	Sportpistolen und -Revolver: 55,5%; Herstellungsausrüstung für Handfeuerwaffen; Munition: 44%	0,03
2002	Kommunikationssysteme, Boden-Überwachungsradar, Teile für Kommunikationssysteme: 98,2%	9,16
2003	Kommunikationsausrüstung: 89,9%	0,24
2004	Kommunikationssysteme und Teile für Kommunikationsausrüstung: 88,4%	0,47
2005	Schnellboote und Teile für Schnellboote: 99,9%	33,0
2006	Teile für Freund-Feind- Kennungssystem und Kommunikationsausrüstung: 75,5%; Software für Interferometer Peilsystem: 12,5%	0,06
2007	Geländewagen mit Sonderschutz und Tarnleuchten: 99,9%	0,26
2008	Teile für Schnellboote: 86,6%	0,07
2009	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 94,5%	3,12
2010	Teile für Hubschrauber: 85,0%	1,65
2011	LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Tarnbeleuchtung: 98,8 %	3,96
2012	Teile für Hubschrauber: 73,7 %; LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Patrouillenfahrzeuge: 26,3 %	2,08
2013	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 97,9%	0,36
2014	Ballistische Schutzwesten: 77,1%; Infrarot-Beobachtungsgeräte: 21,9% Teile für Hubschrauber: 52,1%	8,08
2015	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 17% Sicherheitsisolierverglas und Bombenschutzanzüge: 15,7%	2,11

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 66,3% Sicherheitsstahl, Sicherheitsisolierverglas und Helme: 16,9%	2,66

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

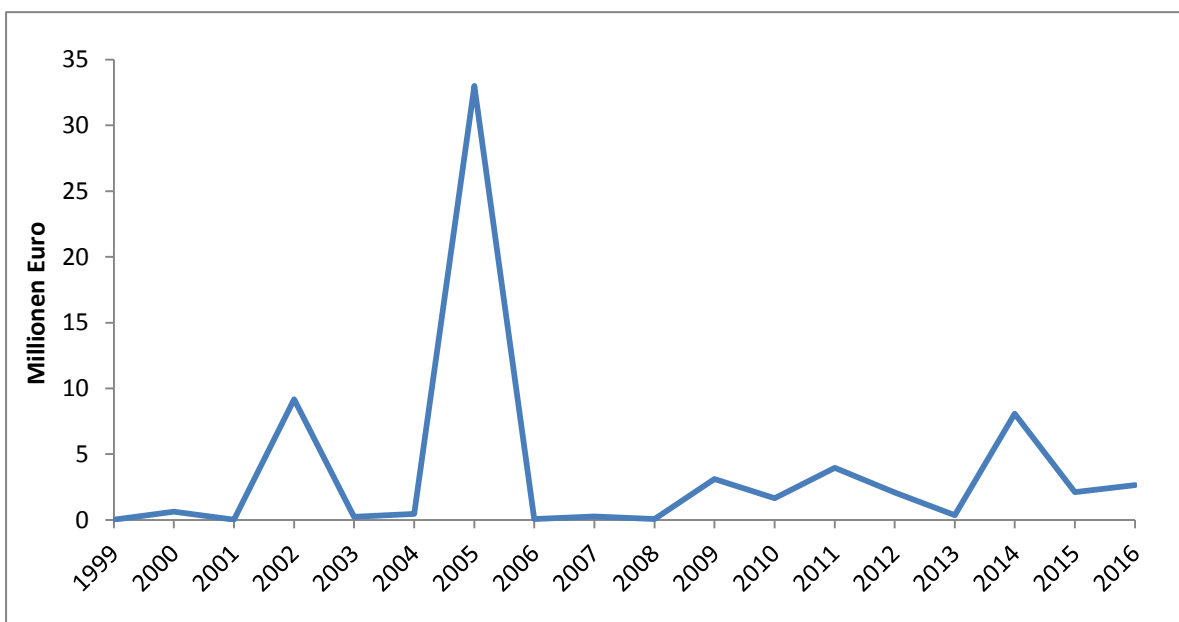


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tunesien 2000-2016

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	Albatros-Klasse 143	Schnellboot	2004	2005	6	Ehemalige Ausrüstung der Bundesmarine; werden als Patrouillenschiffe eingesetzt

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	-	38	46	7	33	124

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2012-2016, Mio. USD

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Tunesien liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

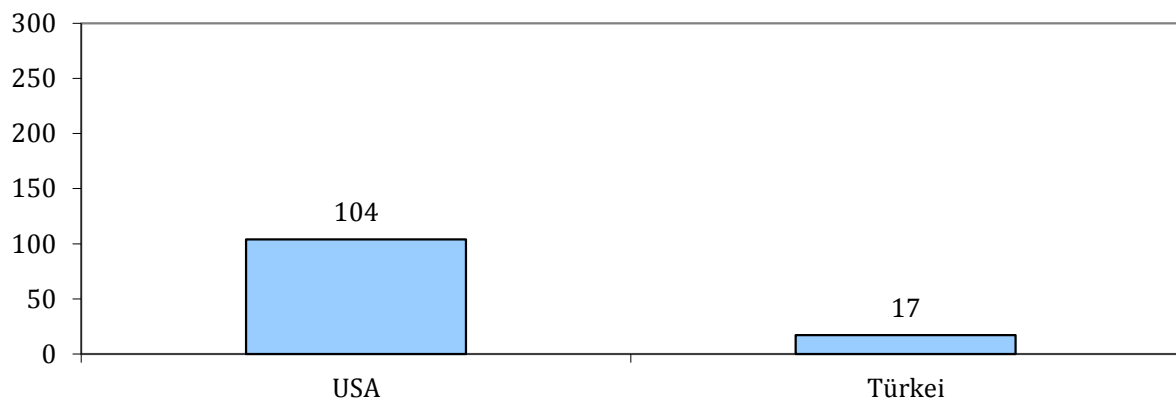
Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar

2015, als zwei schwere Terroranschläge auf Touristen Tunesien erschütterten, weitete Deutschland seine militärische Kooperation mit dem nordafrikanischen Land aus und sagte die Lieferung militärischer Ausrüstung für 1,2 Millionen Euro und eine verstärkte Ausbildung tunesischer Soldaten zu. Die tunesischen Streitkräfte erhalten nun zunächst ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten, eine Barkasse für Patrouillen, fünf Kleinlastwagen sowie 3000 Helme und 700 Doppelfernrohre. Gleichzeitig soll die militärische Kooperation zwischen den beiden Staaten ausgeweitet werden. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldaten ausgebildet. Auch will Deutschland Tunesien dabei helfen, die 600 Kilometer lange Grenze zu Libyen zu sichern, um zu verhindern, dass islamistische Terroristen und Waffen nach Tunesien gelangen.

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2012-2016, Mio. USD

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Tunesien 2012-2016 die 79. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant sind die USA. Im Jahr 2010 bestellte das Land zwei C-130J Transportflugzeuge in den USA, die bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Im September 2015 wurde zudem bekannt, dass Tunesien und die NATO in Zukunft in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung stärker zusammenarbeiten wollen. Auch die EU möchte bezüglich innerer Sicherheit und Terrorismusbekämpfung enger mit Tunesien kooperieren, weshalb 2015 vermehrt gemeinsame Projekte eingeleitet wurden und 2016 finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt wurde. Darüber hinaus soll Tunesien bis Ende Oktober 2016 vier Bastion APCs von den USA erhalten. Insgesamt wollen die USA ihre militärische Hilfe für das Land verdreifachen und stecken große Hoffnungen in Tunesien, das sich seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 im Transformationsprozess befindet. Von den mehr als 130 Millionen Dollar (114,6 Mio. Euro), die die USA für 2016 beim Kongress für Tunis beantragt hat, fließen rund vier Fünftel in den Anti-Terror-Kampf des tunesischen Militärs. Grund dafür ist die gewünschte stärkere Einbindung Tunesiens in den Kampf gegen den Terror. Tunesien soll zu einem bedeutenden Alliierten außerhalb der Nato werden. Zudem plant Tunesien eine Modernisierung der Luftwaffe mit Unterstützung der USA. Ende 2016 erhielt Tunesien acht Black-Hawk-Hubschrauber, die erste Charge von insgesamt zwölf, die das Land bestellt hat. Die restlichen vier sollen bis Ende 2019 ausgeliefert werden. Im Zuge der Modernisierungsreformen der tunesischen Marine, bestellte Tunesien 2015 unter anderem 65 Full Cabin Inboard Boote bei den USA, die bis Anfang 2016 ausgeliefert wurden. Zudem wurden Anfang 2017 24 einmotorige leichte Aufklärungs-, Verbindungs- und Kampfhubschrauber aus den USA geliefert, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Des Weiteren soll durch die Helikopter die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderen Partnern gesteigert werden.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	631	692	824	979	1027
Anteil am BIP (in Prozent)	1,5	1,6	1,9	2,2	2,3
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	5,0	5,1	6,5	8,1	8,0

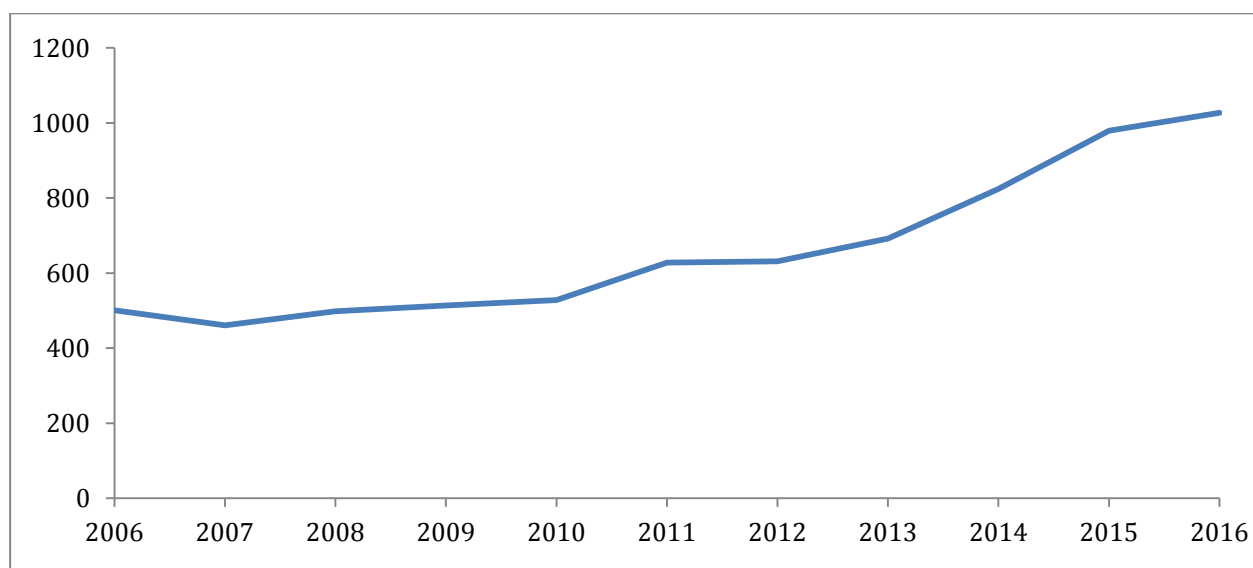
Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

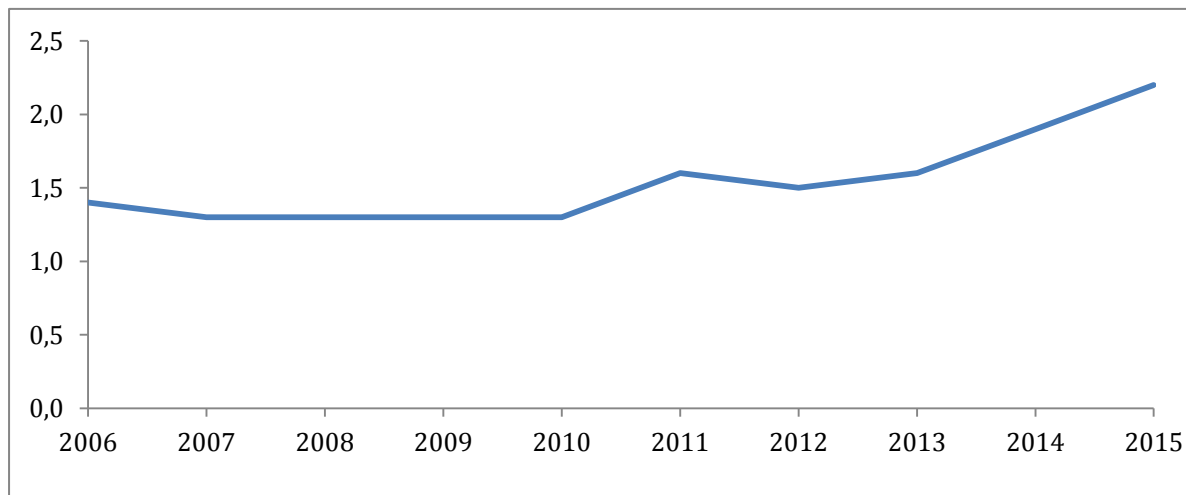
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2016.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Waffenlieferungen von außen angewiesen. Nach der Unabhängigkeit des Landes waren zunächst die USA und Frankreich wichtigster Lieferant von Rüstungsgütern. Mit Unterstützung von Südkorea stellt Tunesien aber kleinere Patrouillenboote in Lizenz her. Zudem werden Munition und vereinzelt auch Kleinwaffen produziert.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate (selektiv)

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

35.800 aktiv, davon:

Heer: 27.000

Marine: 4.800

Luftwaffe: 4.000

Zusätzlich:

Paramilitär: 12.000, davon:

Nationalgarde (dem Innenministerium unterstellt): 12.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,3	3,2

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Die Anzahl der Soldaten und der schweren Waffensysteme ist um ein vielfaches geringer als beispielsweise in Marokko und Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten islamischen Fundamentalisten. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, können das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren. Tunesien ist genau wie Algerien ein Verbündeter der Vereinigten Staaten im „Krieg gegen den Terror“. Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, trotzdem ist eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung zurzeit noch nicht geplant.

Die Ausbildung der tunesischen Streitkräfte wird zu großen Teilen auch durch ausländische Kooperationspartner übernommen. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldaten ausgebildet. Künftig sollen zudem Grenzschrützer und Polizisten Trainings in Deutschland erhalten. Gleichzeitig genossen seit den 1980er Jahren im Rahmen des Programms „International Military Education and Training“ (IMET) rund 3.600 Offiziere eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten. Die Ausbildung des Offizierkorps wird zu großen Teilen vom Pentagon übernommen. So haben beispielsweise alle Luftwaffenoffiziere in ihrer Ausbildung militärische Stationen in den Vereinigten Staaten durchlaufen. Im Jahr 2004 beteiligten sich 87 Militärangehörige an IMET-Trainingsmaßnahmen im Wert von 1,88 Millionen US-Dollar, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus gab es gemeinsame Militärübungen. Am 21./22. Mai 2015 absolvierte Präsident Essebsi einen Staatsbesuch in den USA und US-Präsident Obama erklärte Tunesien zu einem wichtigen Verbündeten außerhalb der NATO ("Major Non-NATO Ally")

Diese westliche Orientierung der Streitkräfte schlägt sich auch in militärischer Doktrin und Mentalität nieder. Auch in Frankreich und Italien wurden immer wieder Offiziere ausgebildet. Vor den Protesten 2011 gingen viele tunesische Piloten zudem nach Ägypten, um sich dort trainieren zu lassen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	84	
Leichte Panzer	48	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	280	
Aufklärer	60	
Bergepanzer	9	6 M88A1; 3 Greif
Pionierpanzer	2	Greif
Artillerie	276	
Panzerabwehr	35	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Panzerabwehrlenkwaffensysteme Milan und TOW
Luftabwehr	153	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (RBS-70)
Radar	Einige	RASIT

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet und sind die größte der drei Teilstreitkräfte. Dennoch bestehen sie nur aus rund 27.000 Mann – deutlich zu wenig, um dauerhaft die Sicherheit und Stabilität des Landes sichern zu können, schätzen Experten. Viele der benutzten Waffen sind zudem inzwischen veraltet, so zum Beispiel die 84 US-amerikanischen M-60 Panzer. Eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung ist derzeit nicht in Planung, stattdessen liegt der Fokus auf der Verbesserung der Marine und Luftwaffe. Wird dem Heer in den kommenden Jahren kein umfassendes Modernisierungsprogramm auferlegt, so Experten, könnte Tunesien bald vor tiefgreifenden Sicherheitsbedrohungen stehen - insbesondere, da regionale Terrormilizen wie Al-Qaida oder auch der Islamische Staat kontinuierlich aufrüsten und sich mit modernen Waffensystemen versorgen.

Die US-Regierung verkündete daher Anfang 2015, die militärische Unterstützung für Tunesien zu verdoppeln, um Tunesien besser für den Kampf gegen Terrorismus auszurüsten. Aus demselben Grund lieferte China 2015 zudem modernes militärisches Equipment, darunter Waffen, Munition und kugelsichere Westen. Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstüt-

zung zu und lieferte fünf Kleinlastwagen sowie 3000 Helme und 700 Doppelfernrohre an das tunesische Heer.

Im Februar 2016 kündigte Großbritannien Unterstützung bei der Ausbildung tunesischer Soldaten an. Ein Trainingsteam von 20 Mann soll dazu nach Tunesien reisen und insbesondere Streitkräfte ausbilden, die sich anschließend mit dem Kampf gegen illegale Grenzübertritte aus und nach Libyen befassen soll.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	29	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1000 km ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Bei der Ausstattung handelt es sich um meist kleinere Schnellboote der chinesischen Shanghai-Klasse und der französischen Combatante-Klasse. 2005 stockte das tunesische Verteidigungsministerium seine Marine um 6 ältere Schnellboote der Albatros-Klasse aus deutscher Produktion auf, die seitdem als Patrouillenboote mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten eingesetzt werden und die Anzahl der genutzten Patrouillenboote in Tunesien auf 26 erhöhten. Mit Hilfe Südkoreas wurden zudem zahlreiche Patrouillenboote unter Lizenz in Tunesien produziert. Künftig soll die Marine stärker aufgerüstet und modernisiert werden. Im Zuge dieser Reformen, bestellte Tunesien 2015 unter anderem 65 SAFE Boote bei den USA, die bis Anfang 2016 ausgeliefert wurden.

Die Marine wird von der starken Nationalgarde unterstützt, deren Küstenwache mit 25 Küstenpatrouillenbooten u.a. aus der ehemaligen DDR (Kondor- und Albatrosklasse) ausgestattet ist und maßgeblich für die Sicherheit von Touristen in tunesischen Ferienorten zuständig ist. Da sie zudem für die Sicherung von Tunesiens Küsten im Zuge der anhaltenden Flüchtlingsströme zuständig sind, schenkte das italienische Innenministerium im Frühjahr 2015 der tunesischen Küstenwache mehrere Patrouillenboote, die die tunesische Marine bei der Rettung von Flüchtlingen unterstützen sollen.

Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und stellte der tunesischen Marine ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten sowie eine Barkasse für Patrouillen. Auch die USA unterstützt den Ausbau der Fähigkeiten zum Beispiel, indem sie 2017 13 Küstenradarstellungen mit neuen Küsten-Radaren ausstattete.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	12	
Kampfflugzeuge	3	
Ausbildungsflugzeuge	30	Davon 9 L-59 <i>Albatros</i> kampffähig
Transportflugzeuge	18	
Mehrzweckhubschrauber	10	
Such- und Rettungshubschrauber	11	
Transporthubschrauber	32	
Raketen	Einige	AIM-9P <i>Sidewinder</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Mit nur 4.000 Mann ist die tunesische Luftwaffe ausgesprochen klein, vor allem im Gegensatz zu seinen Nachbarn Marokko, Algerien und Libyen. Auch die Ausstattung dieser Teilstreitkraft ist limitiert: So besitzt die Luftwaffe nur etwa 3 Kampfflugzeuge (der Marken F-5 und MB-326K). Im Jahr 2007 gab es ein umfassendes Modernisierungsprogramm mit Unterstützung der Tschechischen Republik zur Generalüberholung der L-59 Flugzeuge, die ebenfalls aus tschechischer Produktion stammen und von denen mittlerweile nur noch 9 kampffähig sind. Die tunesische Luftwaffe ist weiterhin dringend modernisierungsbedürftig. Ziel ist es auch, die Such- und Rettungsfähigkeiten der Luftwaffe zu verbessern und sie für humanitäre Einsätze besser auszurüsten. Dazu wurden seit 2011 mehrere Rüstungslieferungen mit modernen Kampfjets und Ausrüstung entgegen genommen, darunter unter anderem zwei C-130J Transportflugzeuge, die 2010 bei den USA bestellt und bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Bis Ende 2016 soll Tunesien zudem acht Black-Hawk-Hubschrauber von den USA bekommen, die erste Charge von insgesamt zwölf, die das Land bestellt hat. Diese sollen vor allem im Kampf gegen Terrorismus zum Einsatz kommen und sind Teil der Modernisierungspläne der Luftwaffe, welche durch die USA unterstützt werden. Dazu wurden Anfang 2017 des Weiteren 24 einmotorige leichte Aufklärungs-, Verbindungs- und Kampfhubschrauber aus den USA geliefert, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Zudem soll durch die Helikopter die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderen Partnern gesteigert werden. Anfang 2017 wurde bekannt, dass die USA verstärkte Trainingsmaßnahmen für die tunesische Luftwaffe plant, insbesondere zwecks Sicherung der östlichen Grenze. Vor dem „Arabischen Frühling“ von 2011, wurden einige tunesische Piloten auch in Ägypten ausgebildet.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

24 Patrouillenboote (u.a. 5 Bremse, 6 Kondor)

8 Mehrzweckhubschrauber (SA318 Alouette II/SA319 Alouette III)

16 Gepanzerte Mannschaftstransporter (EE-11 Urutu)

2 Aufklärer (EE-11 Urutu FSV)

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 3

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 31 Beobachter

Elfenbeinküste (UNOCI): 3 Soldaten, 6 Beobachter

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 hat sich die Rolle des Militärs in Tunesien maßgeblich verändert. Zuvor war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik recht gering im Vergleich zu Algerien oder Ägypten. So kam eine Verbindung des Militärs mit dem politischen System und die politische Einmischung der Offiziere zwar vor, jedoch weniger regelmäßig und in geringerem Ausmaße als etwa in Algerien, obwohl der ehemalige Präsident Tunesiens Zine el-Abidine Ben Ali ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere machte. Zwar nutzte auch Ben Ali das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Daher verwendet er Ressourcen eher für die Stärkung der zivilen Sicherheitsstreitkräfte als zum Verteidigungsministerium und reduzierte die Truppenstärke auf rund 40.000 Mann. Durch diese Reduktion und die ständige Kontrolle, sollte sichergestellt werden, dass er in seiner Herrschaft nicht durch das Militär bedroht wird. Letztendlich gilt jedoch die geringe wirtschaftliche und finanzielle Ausstattung der Offiziere letztlich auch dazu geführt hat, dass sich diese gegen das Regime Ben Ali gestellt haben. So verweigerten sie seinen „Eindämmungsbefehl“, als Ben Ali sie 2011 nach wochenlangen Unruhen aufmarschieren ließ und ließen stattdessen die Bevölkerung spüren, dass sie auf ihrer Seite waren. Infolgedessen übernahm das Militär sukzessive eine stabilisierende Rolle in Sachen innerer Sicherheit, hielt sich dabei jedoch dem politischen Prozess heraus. Dadurch trug es maßgeblich zur demokratischen Transformation des Landes bei. Generell hatte das Militär eine gute Beziehung zur Bevölkerung, was unter anderem auch daran liegt, dass alltägliche Repressionen zur Machtsicherung von paramilitärischen Einheiten des Innenministeriums ausgeführt wurden. Nach der Revolution von 2011 und den politischen Umbrüchen, hielt sich das Militär zunächst weiterhin aus politischen Prozessen fern,

versuchte aber zunehmend, die innere Sicherheit des Landes zu stärken, was ihm jedoch aufgrund mangelnder Ausbildung und fehlender Ressourcen nur mäßig gelang. Zudem litt darunter die eigentliche Aufgabe des Militärs, die Grenzen – beispielsweise zu Libyen – zu sichern und Waffenschmuggel aus dem instabilen Nachbarland zu unterbinden. Bis heute mangelt es den tunesischen Streitkräften an Ausrüstung, Finanzen und Personal, um alle Aufgaben zur Zufriedenstellung erfüllen zu können. Gleichzeitig sind die Aufgaben zwischen den Sicherheitskräften und dem Militär nicht hinreichend getrennt, was zur Folge hat, dass die Streitkräfte zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Polizei zuzuschreiben wären. Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte bis heute weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Feinde als in der Verfolgung vereinzelter Islamistengruppen im Inneren. Islamischer Fundamentalismus ist in Tunesien nicht so weit verbreitet, wie etwa in Libyen in Form des Islamischen Staats, so dass die Bevölkerung im Großen und Ganzen die militärische Bekämpfung mutmaßlicher Terroristen unterstützt. Die zu diesem Zweck von der Regierung erlassenen „Anti-Terrorismus“-Gesetze gefährdeten allerdings laut Amnesty International zunehmend grundlegende Menschenrechte.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,79	0,98	-	-	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

Die tunesische Nationalpolizei (SN) untersteht dem Innenministerium und ist für die Strafverfolgung sowie die Aufrechterhaltung der internen Sicherheit und Ordnung zuständig. Innerhalb der Polizei gibt es verschiedene Einheiten, darunter die Verkehrspolizei (Police Routière) sowie eine Eingreiftruppe (Unités d'Intervention), die für die Eindämmung von Ausschreitungen und Straßenkämpfen zuständig ist. Darüber hinaus befinden sich unter der Kontrolle des Innenministeriums die Justizbeamten (Gefängniswärter), eine spezielle Einheit zum Schutze des Präsidenten und anderen politischen Persönlichkeiten (Direction Générale de la Sécurité du Chef de l'Etat et des Personnalités Officielles) sowie eine Geheimdiensteinheit (Direction Générale des Services Spéciaux).

Lange Zeit gab es keine klare Trennung der Aufgaben der Sicherheitskräfte und des Militärs, da letzteres teilweise auch Aufgaben der Polizei übernommen hat. Mittlerweile ist das Militär eher für den Kampf gegen Terrorismus zuständig und beide Kräfte arbeiten stärker zusammen, wie beispielsweise Anfang März 2016, als islamistische Kämpfer die Stadt Ben Guerdan an der libyschen Grenze stürmten und gleichermaßen Armee-

und Polizeiposten angriffen. Die Polizeikräfte in Tunesien erhalten seit 2015 Unterstützung durch die deutsche Bundespolizei, die in Tunis ein permanentes Büro eröffnet hat. Die Zusammenarbeit soll vor allem die tunesische Grenzpolizei bei der Grenzsicherung zu Libyen und die Nationalgarde bei der Wahrung der maritimen Sicherheit unterstützen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika	Unterzeichnet aber nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) von 2014. Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen. Den Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Pelindaba Vertrag), der 2009 in Kraft getreten ist, hat Tunesien zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Anti-Personenminen wurden von Tunesien nach eigenen Angaben zuletzt 1980 eingesetzt.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und der Vereinten Nationen gegen Tunesien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016**

Tunisia is a constitutional republic with a multiparty, unicameral parliamentary system and a president with powers specified in the constitution. In October 2014 the country held free and fair parliamentary elections that resulted in the Nida Tounes (Call of Tunisia) Party winning a plurality of the votes. Nida Tounes formed a coalition government with the Islamist party Nahda and several smaller parties. On July 30, parliament withdrew confidence from Prime Minister Habib Essid, and President Beji Caid Essebsi appointed Youssef Chahed prime minister on August 3. Parliament approved a new government on August 27 with 26 ministers and 14 state secretaries. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. The most significant human rights problems included slow and opaque investigations and prosecutions of alleged security force human rights abuses; arbitrary arrests and detentions of suspects under antiterrorism laws; and the infringement of gay, lesbian, bisexual, transgender, and intersex (LGBTI) rights. Other human rights

problems included physical abuse of prisoners in detention centers and prisons, poor prison and detention center conditions, lack of judicial independence, lax prosecutorial environment with poor transparency, violence against journalists, corruption, gender-based violence, and societal obstacles to full economic and political participation of women. The government took steps to investigate officials who committed abuses, but investigations into police, security force, and detention center abuses lacked transparency and frequently encountered long delays and procedural obstacles.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>*

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017

The authorities continued to restrict the rights to freedom of expression and of assembly, and used emergency powers and anti-terrorism laws to impose arbitrary restrictions on liberty and freedom of movement. There were new reports of torture and other ill-treatment of detainees. Women remained subject to discrimination in law and practice and were inadequately protected against gender-based violence. Same-sex sexual relations remained criminalized, and lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex (LGBTI) people faced arrest and imprisonment. Courts continued to impose death sentences; there were no executions.

*Quelle: Amnesty International Report 2016/2017
<https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/tunisia/>*

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Tunesien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 3

Politische Rechte: 1

Gesamtbewertung: Frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017

Tunisia in 2016 took important, if modest, steps toward preserving the democratic gains of the last five years and improving civil liberties, even as ongoing economic stagnation and security challenges threatened the nascent democracy. The parliament adopted a gender parity law to ensure greater representation of women in local elections. New legislation established the Supreme Judi-

cial Council (CSM), a body charged with ensuring the independence of the judiciary and appointing Constitutional Court justices, and CSM members were elected in October. Additionally, in September parliament approved a long-awaited investment code expected to help attract foreign direct investment and reduce state interference in economic activity. In a sign of ongoing frustration with the lack of economic progress, protests broke out across the country in January. A major attack on the town of Ben Guerdane in March by militants affiliated with IS reflected ongoing security threats that have fueled successive states of emergency. Separately, a controversial bill that would grant amnesty to individuals implicated in economic crimes under the former regime in exchange for their return of stolen assets to the state continued to meet resistance in civil society, with representatives claiming that its enactment would undermine existing reconciliation programs. However, leading factions in the new parliament have indicated their intention to approve the measure.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/tunisia>

Kommentar

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die Stellung der Frau ist in Tunesien auf Grund verfassungsmäßiger Garantien besser als in anderen islamischen Staaten. Trotzdem gibt es im Bereich der Menschenrechte noch erhebliche Defizite. In Folge des von den Vereinigten Staaten geführten „Krieg gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation in Tunesien verschlechtert. Die ohnehin bereits stark eingeschränkten Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden mit dem „Anti-Terrorismus-Gesetz“ weiter untergraben. Politische Freiheiten sind ebenfalls äußerst begrenzt. So ließ das Regime seit 1989 keine neuen Parteien zu. Die Medien in Tunesien wurden überwacht und konnten nicht als unabhängig gelten.

Nach den Umstürzen in Tunesien hat sich Berichten zu folge schon mit der neuen Übergangsregierung die Lage gebessert. Politische Häftlinge wurden entlassen und Grundrechte wie freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit werden verstärkt von den Sicherheitskräften geachtet. In der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz garantiert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Tunesien ist gemäß seiner Verfassung von 2014 ein freier, unabhängiger und souveräner Staat, dessen Religion der Islam, dessen Sprache das Arabische und dessen Regierungsform die Republik ist. Ferner betont die Verfassung den zivilen und rechtsstaatlichen Charakter des Regierungssystems. Die Verfassung sieht ein gemischtes Regierungssystem vor, in dem sowohl der Präsident der Republik als auch das Parlament direkt vom Volk gewählt werden. Die Mitglieder der Regierung werden vom Präsidenten ernannt und benötigen darüber hinaus das Vertrauen des Parlaments. Der Premierminister bestimmt die Richtlinien der Politik, mit Ausnahme der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die in der Zuständigkeit des Staatspräsidenten liegen. Der Oberste Justizrat ist das Selbstverwaltungsorgan der tunesischen Justiz. Eine baldige Ablösung der provisorischen

Instanz zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzentwürfen durch ein ordentliches Verfassungsgericht ist geplant. Darüber hinaus sieht die Verfassung fünf unabhängige Instanzen vor: eine Wahlkommission, eine Kommission für audiovisuelle Kommunikation, eine Menschenrechtskommission, eine Kommission für nachhaltige Entwicklung und die Rechte künftiger Generationen sowie eine Kommission für gute Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung. Aus den freien und fairen Parlamentswahlen 2014 ging eine seit 2015 regierende große Koalition unter Führung der säkular-konservativen Partei Nidaa Tounes sowie der islamischen Partei Ennahdha hervor. Seit 2016 ist eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Premierminister Youssef Chahed (Nidaa Tounes) im Amt, die 2017 einer durchgreifenden Umbildung unterzogen wurde. Ihr Regierungsprogramm ist im sogenannten „Pakt von Karthago“ niedergelegt, der von neun Parteien sowie dem Arbeitgeberverband (UTICA), dem Gewerkschaftsbund (UGTT) und dem Verband der Bauern und Fischer (UTAP) unterzeichnet wurde. Die wichtigsten innenpolitischen Herausforderungen für Tunesien bleiben die Konsolidierung des demokratischen Rechtsstaats und der noch jungen verfassungsmäßigen Ordnung, die Bewältigung von Bedrohungen durch terroristische Gruppen sowie die Erwirtschaftung einer materiellen Demokratiedividende durch wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Verbesserungen des Bildungs- und des Gesundheitswesens sowie den Abbau des Entwicklungsgefälles zwischen dem Großraum Tunis und den Küstenregionen und dem Landesinneren. Nächste Bewährungsprobe für die tunesische Demokratie werden die ersten freien und fairen Kommunalwahlen sein, die mittlerweile nach mehreren Verschiebungen am 25.03.2018 stattfinden sollen. Wichtige Voraussetzungen für einen langfristig erfolgreichen Urnengang sind eine Konsolidierung der vom Parlament gewählten unabhängigen Wahlkommission sowie die vorherige Verabschiedung eines Gesetzes über die Gebietskörperschaften, das die Aufgaben- und Ressourcenverteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen regeln soll.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/tunesien-node/-/219068>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Tunesien zusammen mit der Türkei, Kuwait und Bulgarien auf Platz 75 (2015: Platz 79). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Die innere Lage in Tunesien hat sich nach den Umstürzen im Frühjahr 2011 wieder einigermaßen beruhigt. Nach dem Sturz des Diktators Ben Ali begann die demokratische Transition des Landes im Zuge derer die Übergangsregierung aus ehemaligen Regierungsmitgliedern und Regimegegnern demokratische Wahlen vorbereitete. Im Januar 2014 wurde dann eine neue Verfassung verabschiedet. Im Januar 2016 kam es jedoch erneut landesweit zu Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese sozialen Unruhen gelten als die heftigsten seit Ausbruch der arabischen Aufstände vor fünf Jahren. Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage sind die Hauptgründe für die Proteste. Infolgedessen verhängte die tunesische Regierung eine zeitweise Ausgangssperre. Präsident Essebsi versprach ein Regierungsprogramm zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit. Des Weiteren geht eine geringe Bedrohung für den inneren Frieden derzeit von einzelnen islamistischen Terroristengruppen aus, die von

der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 mit zahlreichen Todesopfern verschärften die Sicherheitslage und führten zu einem dramatischen Einbruch der Touristenzahlen. Am 4. Juli 2015 wurde daraufhin erneut der Ausnahmezustand verhängt, der erst kurz zuvor, im März 2014, aufgehoben worden war.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 155.360 km² ist Tunesien das kleinste nordafrikanische Land. Es grenzt im Westen an Algerien, im Südosten an Libyen und im Norden und Nordosten an das Mittelmeer.

Politische Situation in der Region

Tunesien pflegt gute Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten und spielt eine aktive Rolle in innerarabischen Angelegenheiten. Besonders intensiv ist die Kontaktpflege zu den beiden unmittelbaren Nachbarn Algerien und Libyen. Mit Libyen ist Tunesien seit der Aufnahme von zehntausenden libyschen Flüchtlingen durch tunesische Familien während des libyschen Bürgerkrieges 2011 und in Folge der erneuten Auseinandersetzungen ab Mitte 2014 besonders eng verbunden. In der Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn Algerien dominieren die wirtschaftlichen Beziehungen und die Sicherheitskooperation. Die Beziehungen zu Marokko sind gut, der Besucheraustausch auf hoher Ebene ist intensiv. Von 1979 bis 1990 war Tunis Sitz der Arabischen Liga. Insgesamt ist ein politischer Umbruchsprozess in der gesamten Region im Gange. Der „arabische Frühling“ hat alte Regime zum Einsturz gebracht (Ägypten) und Konflikte entfacht (Libyen). Zwar hat sich die Gesamtsituation stabilisiert, die langfristigen Folgen dieser Umbrüche sind jedoch noch unklar.

Zu Syrien bleibt Tunesien weiterhin auf Distanz, nachdem es als erstes Land im Februar 2012 die Beziehungen zur Assad-Regierung abgebrochen hat. Eine militärische Intervention wird jedoch entschieden abgelehnt.

Grenzkonflikte

Tunesien hat derzeit keine Grenzkonflikte mit seinen Nachbarländern.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle. Obwohl Tunesien das militärisch schwächste Land unter den nordafrikanischen Mittelmeer-Anrainern ist, wird es von keinem seiner Nachbarn direkt bedroht.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Tunesien sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. Im Rahmen der „Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI)“ sind jedoch amerikanische

Spezialeinheiten im nordafrikanischen Raum, also auch in Tunesien stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Mit Tunesien wurden in der Vergangenheit einige gemeinsame Militärübungen durchgeführt.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Tunesien 74 Prozent im Jahre 2015, und ist damit im Vergleich zu dem vorherigen Erhebungsjahr um einen Prozentpunkt gesunken (2013: 75 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, befindet sich Tunesien damit im oberen Mittelfeld. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2015 auf geschätzte 49 Millionen US-Dollar (2013: 66 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 9

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Die Beziehungen zu Europa bleiben für Tunesien aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen prioritär. Nachdem Tunesien 1995 als erstes Land in der Maghreb-Region ein Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen hatte, konnte es 2012 auch den Status einer "privilegierten Partnerschaft" mit der EU erreichen. Bilateral sind Frankreich, Italien und Deutschland sowie die USA die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner. Die Trump-Administration hat Tunesien zwar weitere Unterstützung, insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheitskooperation, zugesagt, die Projektmittel in vielen anderen Bereichen jedoch heruntergefahren. Darüber hinaus wirbt Tunesien auch in den Golfstaaten um Unterstützung, engagiert sich für eine politische Konfliktlösung im Nachbarland Libyen und erschließt sich zunehmend neue Kooperationen in Subsahara-Afrika. Tunesien unterhält freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten der Region und stellt traditionell den Generalsekretär der Union des arabischen Maghreb. In der Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn Algerien dominieren die Themen Wirtschaft und Sicherheit. Im Nahostkonflikt zeigt Tunesien traditionell Solidarität mit den Palästinensern, die Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes ist in der Präambel der Verfassung unter den Staatszielen verankert und wird insbesondere von den Gewerkschaften sowie linken Parteien hervorgehoben. Ungeachtet einer weitverbreiteten Kritik an Israel, gehört der Schutz der einheimischen jüdischen Minderheit zur tunesischen Staatsräson. Tunesien ist um freundschaftliche Beziehungen zu allen Golfstaaten bemüht und verhält sich im Konflikt zwischen der von Saudi-Arabien angeführten Koalition gegen Katar neutral. Darüber hinaus betreibt Tunesien eine an das marokkanische Modell angelehnte Politik der Öffnung nach Subsahara-Afrika und strebt einen Beitritt zur Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie zum Gemeinsamen Markt für das östliche und das südliche Afrika an.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/tunesien-node/-/219066>

Kommentar

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie zu den Vereinigten Staaten sind gut bis sehr gut. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Zwischen 1979 und 1990 hatte die Arabische Liga ihren Sitz in Tunis, da Ägypten wegen seines Friedensvertrages mit Israel ausgeschlossen war. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Antiterrorallianz. Doch bereits vor den Anschlägen des 11. September 2001 pflegte Tunesien eine enge militärische Kooperation mit US-Streitkräften. So ist das tunesische Verteidigungsministerium ein aktiver Teilnehmer am „International Military Education and Training“ (IMET) Programm des Pentagon.

Tabelle 13***Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen***

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Der internationale Terrorismus wird in Tunesien hart bekämpft. Im Januar 2003 verurteilte ein tunesisches Militärgericht 34 militante Islamisten wegen mutmaßlicher Kontakte zum al-Qaida-Netzwerk zu bis zu 20 Jahren Gefängnisstrafe.

Im Januar 2016 konnte durch die tunesischen Sicherheitskräfte eine groß angelegte Anschlagsserie vereitelt und mehr als 30 Terrorverdächtige festgenommen werden. Die Extremisten hätten Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen geplant. Bei den Festgenommen soll es sich um Anhänger der Ukba-ibn-Nafi Brigade handeln, die dem Islamischen Staat (IS) die Treue geschworen hatte. Nach Angaben der tunesischen Sicherheitsbehörden wurden im Jahr 2016 bislang über 160 Terrorzellen aufgedeckt und

zerschlagen. Insbesondere durch den IS geht eine große Bedrohung aus. Bereits im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. Zuletzt im März 2016 griffen IS-Kämpfer auf tunesischem Territorium an und attackierten die Stadt Ben Guerdane an der tunesisch-libyschen Grenze. Vor allem die Regionen an der Grenze zu Libyen sind offensichtlich ein strategisches Ziel für die IS-Kämpfer. Um die Grenze zu sichern, kündigte Deutschland an, Überwachungstechnik zu schicken. Außerdem sollen britische Experten an die tunesische Grenze zu Libyen geschickt werden um zu verhindern, dass Tunesien zu einem weiteren Schlachtfeld des IS wird. Eine berechtigte Sorge: Seit einem schweren Angriff durch die US-Luftwaffe am 19. Februar auf ein IS-Lager im libyschen Sabratha liegen den tunesischen Behörden „präzise Informationen“ über geplante Grenzübertritte nach Tunesien vor. Ende 2016 wurde zudem ein Aktionsplan gegen zurückkehrende Foreign Fighters angekündigt. Vorgesehen ist u.a. die strafrechtliche Verfolgung der Rückkehrer. Insgesamt reisten rund 5.000 Tunesier nach Syrien-/Irak oder Libyen aus.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Es gibt in Tunesien eine Vielzahl von Schleuserbanden, welche die illegale Immigration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist ebenfalls ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. In der Vergangenheit war auch das Regime in den illegalen Drogenhandel involviert, als kriminelle Gelder aus dem Drogenschmuggel unter dem Schutz des Diplomatenstatus transportiert wurden. Tunesien liegt strategisch günstig für Drogenhändler, da es sowohl in der Nähe Marokkos als auch dicht an der Südküste Europas liegt - dem Tor zum größten Drogen-Verbrauchermarkt der Welt. Insbesondere durch die politische Instabilität seit 2011 hat sich der Drogenschmuggel in Tunesien verstärkt. Dabei spielen auch die Grenzregionen eine wichtige Rolle: an der durchlässigen Grenze zwischen Tunesien und Algerien boomt der Handel mit Cannabis und daneben auch mit Klein- und Leichtwaffen. Gleiches gilt für die libysch-tunesische Grenzregion. Um den Schmuggel einzudämmen, kooperiert die tunesische Regierung mit Algerien und Libyen in Bezug auf Informationsaustausch, Grenzüberwachung und Verbrechensbekämpfung.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Tunesien boykottiert, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Tunesien keine Daten.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucher Zertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Es sind jedoch mehrere Fälle der unerlaubten Wiederausfuhr von Waffen bekannt. Gerade der Waffenschmuggel aus dem instabilen Libyen und Gefechte mit militanten Islamisten an der algerischen Grenze führen immer wieder zur illegalen Weitergabe kleiner und leichter Waffen. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane, rund 30 Kilometer von der libyschen Grenze entfernt, wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch die Berberstämme erfasst haben. Die Entscheidung der libyschen Regierung, einen dritten Grenzübergang in Mashhad Salih-Tijii an der Grenze zu Tunesien zu eröffnen, könnte den Waren- und Waffenverkehr weiter antreiben. Weitere Waffen aus Libyen geraten regelmäßig in die Hände von Extremisten in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel und Algerien. So müssen sich inzwischen etwa Alger und Tunis verbünden, um gemeinsam gegen die Islamistengruppe Ansar Al-Scharia vorzugehen, die zuletzt mehrfach das tunesische Militär angegriffen hatte. Ganz im Süden Tunesiens gibt es eine weitere Schmuggelroute, die allerdings aufgrund der geographischen Verhältnisse sehr anspruchsvoll ist und nur von gut organisierten Banden betrieben werden kann – hier scheint sich die internationale Maghreb-Terror-Gruppe AQIM zu betätigen. Dies ist der Bereich, der derzeit von der tunesischen Regierung als Sperrzone ausgewiesen wird und in der das tunesische Militär erhöhte Präsenz zeigt. Noch weiter südlich, wo Libyen und

Algerien aneinandergrenzen, wurden in der jüngsten Vergangenheit auf algerischem Gebiet mehrfach Lager von Kriegswaffen (Lenkwaffen, Flugabwehr-, Panzerabwehrwaffen, etc.) entdeckt, so dass man den äußersten Süden Tunesiens und das daran südlich angrenzende Gebiet derzeit durchaus als Kriegswaffen-Schmuggelzone bezeichnen kann. Experten befürchten, die Zirkulation illegaler – meist libyscher Waffen – in Tunesien könnten das Land destabilisieren und den Transformationsprozess hin zu einem demokratischen Staat behindern. Nach einer informellen Verständigung europäischer G7-Länder hat Deutschland Unterstützungsleistungen zur Sicherung der tunesischen Grenzen nach Libyen und Algerien übernommen. In den vergangenen Jahren seit Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 wurden nahezu täglich Autos mit Handschusswaffen und AK-47 an der tunesischen Grenze angehalten. Anfang 2016 errichtete Tunesien eine etwa 200 Kilometer lange Sperranlage, um Terroristen aus dem Nachbarland Libyen vom Grenzübertritt abzuhalten und gleichzeitig den illegalen Waffenhandel einzudämmen. Experten aus den USA und aus Europa sollen die Grenzsoldaten ausbilden.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Tunesien verfügt über eine moderne Wirtschaftsstruktur auf marktwirtschaftlicher Basis sowie wichtige Standortvorteile: Ein hoher Industrialisierungsgrad, gute Infrastruktur, Nähe zu Europa sowie qualifizierte Arbeitskräfte und Steuervorteile für Exportbetriebe. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet der Dienstleistungssektor, gefolgt von der Industrie und der Landwirtschaft. Die 1995 erfolgte Assoziation mit der EU war ein wichtiger Meilenstein für das Land. Im Rahmen der seit 19.11.2012 bestehenden Privilegierten Partnerschaft mit der Europäischen Union wurden am 13.10.2015 anlässlich des Besuchs von Handelskommissarin Malmström die Verhandlungen zu einem umfassenden Freihandelsabkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen und Agrargütern offiziell aufgenommen. Die größten Herausforderungen liegen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsförderung, der Verbesserung der arbeitsmarktorientierten Aus- und Fortbildung sowie der Erhöhung des Investitionsniveaus im privaten und öffentlichen Sektor. Zudem sind Strukturreformen nötig, insbesondere im Bankensektor, um das Kapital für junge Unternehmen sowie die Sanierung überschuldeter Staatsbetriebe zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich zwischen 15 und 16 Prozent [...]. Ein ambitioniertes Programm zur Regionalentwicklung soll regionale Ungleichheiten verringern. Tunesien ist ein rohstoffarmes Land, begrenzte Öl- und Gasvorkommen ermöglichen noch eine 40-prozentige Eigenversorgung. Tunesien ist weltweit viertgrößter Produzent von Phosphaten und der drittgrößte Olivenöl-Exporteur. Das Investitionsklima in Tunesien ist grundsätzlich gut, litt bis 2014 jedoch an der Unsicherheit der politischen Entwicklung. Dank der weiteren Konsolidierung der politischen Verhältnisse durch die Annahme der neuen Verfassung und der reibungslosen Durchführung der Parlamentswahlen im Oktober 2014 kam es zu mehr ausländischen Investitionen. Ein neues Investitionsgesetz wurde 2016 verabschiedet. Ausländische Investoren schätzen die geographische Nähe zu Europa, die relativ hohe Produktivität und die gut ausgebaute Infrastruktur.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/laender/tunesien-node/-/219026>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

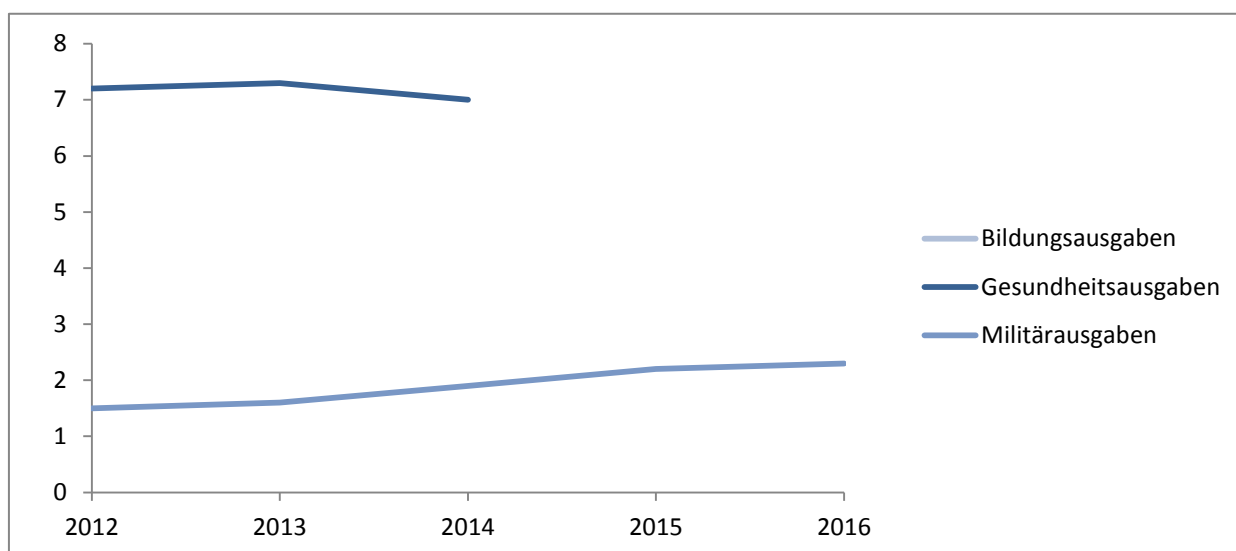
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	631	692	824	979	1027
Militärausgaben/BIP	1,5	1,6	1,9	2,2	2,3
Gesundheitsausgaben/BIP	7,2	7,3	7,0	-	-
Bildungsausgaben/BIP	6,2	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung	26070	26105	26398	27363	27722
Anteil am BIP (in Prozent)	56,08	55,48	55,4	-	67,14
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	363,57	179,71	192,32	190,46	-
Net ODA (% of GNI)*	0,87	0,46	0,48	0,46	-
Deutsche ODA Zahlungen*	39,03	58,75	45,3	88,72	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	567	570	578	586	586
Index-Platzierung	86	84	77	75	70

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Algerien	Militarisierungswert	737	737	744	750	751
	Index-Platzierung	17	16	14	13	14
Libyen	Militarisierungswert	591	602	496	459	419
	Index-Platzierung	78	66	118	130	137

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Algerien	Militärausgaben (absolut)	8001	8642	9953	10413	10654
	Militärausgaben/BIP	4,5	4,8	5,5	6,3	6,7
Libyen	Militärausgaben (absolut)	3110	4054	3738	-	-
	Militärausgaben/BIP	3,3	5,5	7,8	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.716	0.719	0.721	0,721	0,725

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Die tunesische Wirtschaft hat unter den Umstürzen von 2011 sehr gelitten und erholt sich seitdem nur langsam. 2015, vier Jahre nach der Revolution, waren immer noch 16 Prozent der Tunesier arbeitslos, das Pro-Kopf-Einkommen betrug rund 4300 Dollar. Durch die anhaltende Gefahr terroristische Anschläge und wiederholter Anschläge auf touristische Orte, gehen seit 2015 auch die Einnahmen durch Tourismus zurück, was das Land schwer belastet. Die seit dem Abschluss der demokratischen Transition begonnen leichte wirtschaftliche Erholung wird ihre Erfolge wohl erst in 2016 zeigen; auch dann bleiben die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen jedoch hoch.

Der Bildungssektor Tunesiens ist ebenfalls reformbedürftig. Es gibt viele gut ausgebildete junge Leute, die kaum Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen können. Die schlechte Bildungs- und Wirtschaftspolitik waren daher wesentliche Gründe für die Proteste Anfang 2011. Tunesien hat, wie die meisten arabischen Staaten in den letzten Jahren große Summen im Bildungsbereich investiert. Trotzdem gelang es nicht die Industrie und Investitionspolitik so auszurichten, dass qualifizierte Arbeitsplätze für einheimische Hochschulabsolventen entstehen konnten.

Die Militärausgaben in Tunesien sind vergleichsweise niedrig und beeinflussen damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nur sehr bedingt. Der Militarisierungsgrad ist einer der niedrigsten in der gesamten Region und verdeutlicht, dass Tunesien im Vergleich zu seinen Nachbarländern deutlich weniger Ressourcen dem staatlichen Militärapparat zur Verfügung stellt. Die Stärke der Streitkräfte ist über die Jahre konstant geblieben und verlangt somit nur begrenzt einen höheren Ressourcenaufwand.

Dennoch können angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Umstände (Arbeitslosigkeit, etc.) auch kleinere Investitionen in das Militär zielführender für die Wirtschaft eingesetzt werden.